

POLITISCHE PARTEIEN



INHALTSVERZEICHNIS

Österreichische Volkspartei	S. 03
Sozialdemokratische Partei Österreichs	S. 04
Freiheitliche Partei Österreichs	S. 05
Bündnis Zukunft Österreich	S. 06
Die Grünen – Die Grüne Alternative	S. 07
Kommunistische Partei Österreichs	S. 07
Neos – Das Neue Österreich und Liberales Forum	S. 08
Team Stronach	S. 08
Literatur	S. 09



IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: K.Ö.St.V. Gothia zu Wien im MKV
Anschrift: 1040 Wien, Fleischmannngasse 8/1
Internet: www.gothiawien.at
e-mail: gothiawien@gmail.com
Herstellung: Eigenverlag
Erscheinungsjahr: 2014

POLITISCHE PARTEIEN

Das Wesen der österreichischen Verfassung bringt es mit sich, dass politische Parteien zwar im Bundes-Verfassungsgesetz erwähnt, dort aber nicht definiert werden. Dies geschieht im Parteiengesetz, dessen erster Artikel im Verfassungsrang steht:

- (1) Die Existenz und Vielfalt politischer Parteien sind wesentliche Bestandteile der demokratischen Ordnung der Republik Österreich.
- (2) Zu den Aufgaben der politischen Parteien gehört die Mitwirkung an der politischen Willensbildung.
- (3) Die Gründung politischer Parteien ist frei, sofern bundesverfassungsgesetzlich nichts anderes bestimmt ist. Ihre Tätigkeit darf keiner Beschränkung durch besondere Rechtsvorschriften unterworfen werden. Eine verfassungsrechtliche Beschränkung besteht freilich nach dem Verbotsgesetz.

Die Partei in Gründung muss bloß eine Satzung beschließen, aus der ersichtlich ist, welches ihre Organe sind und welche hievon zur Vertretung nach außen befugt sind, sowie welche Rechte und Pflichten die Parteimitglieder besitzen. Mit der Hinterlegung der Satzung beim Bundesministerium für Inneres erlangt die politische Partei Rechtspersönlichkeit.

Eine Partei muss zur Gründung ihre Satzung im Bundesministerium für Inneres hinterlegen. Da es nicht viele gesetzliche Auflagen gibt, sind dort bereits über 970 Satzungen politischer Parteien hinterlegt (Stand Oktober 2013).

Österreichische Volkspartei

Die Österreichische Volkspartei (ÖVP) ist eine der beiden großen Volksparteien Österreichs.

Die ÖVP stellte seit 1945 in 13 von 28 Bundesregierungen den Bundeskanzler. In der aktuellen Koalitionsregierung mit der SPÖ stellt die ÖVP unter anderem den Vizekanzler, die Innenministerin, den Außenminister und den Finanzminister. Zusätzlich sind fünf der insgesamt neun Landeshauptleute Österreichs (Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg) von der ÖVP. Seit 1987 ist die ÖVP ohne Unterbrechung in der Bundesregierung vertreten.

Die ÖVP ist nahezu überall in Österreich vertreten, besonders hohe Stimmenanteile erreicht sie traditionell in ländlich geprägten Regionen und den westlichen Bundesländern. In vier Bundesländern (Oberösterreich, Niederösterreich, Tirol und Vorarlberg) stellt die ÖVP seit 1945 ununterbrochen den Landeshauptmann, weiters stellte sie im Burgenland von 1945 bis 1964, in Kärnten von 1991 bis 1999, in Salzburg von 1945 bis 2004 sowie wieder seit 2013 und in der Steiermark von 1945 bis 2005 den Landeshauptmann.

Ihre Kernwähler sind traditionell Selbstständige, Unternehmer, Bauern, Beamte und leitende Angestellte. Als föderalistisch aufgebaute Partei ist sie eine mittelbare Partei, das heißt, die Mitgliedschaft wird üblicherweise durch Mitgliedschaft in einer der großen Teilorganisationen, die die ÖVP prägen, erworben. Dazu zählen der Österreichische Arbeiter- und Angestelltenbund (ÖAAB), der Österreichische Wirtschaftsbund (ÖWB) und der Österreichische Bauernbund (ÖBB), die weitgehend autonom sind, sowie die Junge Volkspartei (JVP), die Österreichische Frauenbewegung (ÖFB) und der Österreichische Seniorenbund (ÖSB).

Grundsätze

Die ÖVP ging 1945 aus der früheren christlich-sozialen Partei hervor und verstand sich als breite bürgerliche Volkspartei, die Christliche Soziallehre, Konservatismus und Liberalismus in sich vereinen sollte. Sie unterschied sich zur Vorgängerpartei, der Christlichsozialen Partei, durch das Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie und zur österreichischen Nation.

Dem Grundsatzprogramm von 1945 (15 Leitsätze) folgte 1972 das Salzburger Programm, das 1985 durch das Zukunftsmanifest ergänzt wurde. Im aktuellen Grundsatzprogramm von 1995 wurde den gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen Rechnung getragen. Darin werden unter anderem folgende Werte vertreten: Freiheit, Verantwortung, Leistung, Sicherheit und Subsidiarität.

Die Österreichische Volkspartei versteht sich laut Grundsatzprogramm von 1995 als

- christdemokratische Partei
- Partei des liberalen Rechtsstaats und der offenen Gesellschaft
- Partei der ökosozialen Marktwirtschaft
- Österreichpartei in Europa
- die Volkspartei

Laut Grundsatzprogramm beinhaltet das Wertesystem der ÖVP, das auf der christlichen und humanistischen Tradition Europas basiert, den Auftrag, die natürlichen Lebensgrundlagen im Hinblick auf die nachkommenden Generationen zu schonen und zu erhalten. Das von Vizekanzler und Bundesparteiobmann Josef Riegler in den 1980er Jahren entwickelte Konzept der Ökosozialen Marktwirtschaft beruht auf dem ökologischen Prinzip der Nachhaltigkeit. Die ökosoziale Marktwirtschaft wurde als ökonomisches Ordnungsmodell für die Zukunft in das Grundsatzprogramm der ÖVP aufgenommen.

Das Ideologie- und Meinungsspektrum innerhalb der Österreichischen Volkspartei ist allerdings aufgrund ihrer föderalen Struktur traditionell vergleichsweise breit. Eine Vereinheitlichung der Standpunkte in wirtschaftlichen, ökologischen oder gesellschaftlich-kulturellen Fragen ist daher meist nur kurzfristig (oft auch in Formelkompromissen) möglich.

Eine Konstante der ÖVP ist, dass sie seit 1945 eine Politik der europäischen Integration verfolgt. Im Jahr 1989 kamen die Koalitionspartner ÖVP und SPÖ überein, den Antrag Österreichs auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union zu stellen. Die Volksabstimmung im Juni 1994 brachte eine klare Zweidrittelmehrheit der österreichischen Bevölkerung für den EU-Beitritt. Am 1. Jänner 1995 trat Österreich gemeinsam mit Schweden und Finnland der Europäischen Union bei.

Die ÖVP war auch ein starker Befürworter der Erweiterung der Europäischen Union auf 25 Mitglieder ab 1. Mai 2004. Dem möglichen EU-Beitritt der Türkei steht sie allerdings skeptisch gegenüber: Vor dem möglichen EU-Beitritt müsse es in Österreich eine Volksabstimmung geben.

Sozialdemokratische Partei Österreichs

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) ist eine der ältesten bestehenden Parteien Österreichs und eine der beiden traditionellen Großparteien des Landes. Bis 1934 hieß sie Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP), von 1945 bis 1991 hieß sie Sozialistische Partei Österreichs. Seit Juni 1945 hat die SPÖ ihre Parteizentrale in der Löwelstraße 18 im ersten Bezirk in Wien.

Die von der SPÖ vertretenen Positionen sind im aktuellen Parteiprogramm von 1998 („Das Grundsatzprogramm“) niedergeschrieben.

Die SPÖ stellte seit 1945 in 15 von 28 Bundesregierungen den Bundeskanzler und sechs von acht Bundespräsidenten der Zweiten Republik waren SPÖ-Mitglieder oder wurden beim Erstantritt von der Partei unterstützt. Derzeit stellt sie vier der insgesamt neun Landeshauptleute (Wien, Burgenland, Steiermark und Kärnten) sowie den Bundeskanzler.

Die österreichische Sozialdemokratie (als Vertreter der Arbeiterklasse) stand ursprünglich in starkem Gegensatz zum Bürgertum. Sozialdemokraten wollten daher oft auch außerhalb der Politik nicht in bürgerlichen Vereinen Mitglied werden; sie gründeten eigene Vereine. Diese sind formal von der SPÖ unabhängig, werden aber häufig von Funktionären und Mandatären der SPÖ geleitet und daher von politischen Beobachtern als Vorfeldorganisationen bzw. der Partei nahestehend bezeichnet.

Inhaltliches Profil

In ihrem Grundsatzprogramm, beschlossen am Parteitag 1998, bekennt sich die SPÖ zur Sozialdemokratie, zu den Werten Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Vollbeschäftigung. Gleichzeitig wird aber auch die Notwendigkeit von politischer Liberalisierung, Modernisierung und Veränderung thematisiert.

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Den Grundsätzen der Sozialdemokratie entsprechend, ist das Ziel der SPÖ eine Gesellschaft, in der alle Klassen- und Gegensätze überwunden sind. Nach Meinung der SPÖ müsste jegliche Form von Arbeit zwischen Männern und Frauen gerecht verteilt werden. Als Ziel nennt die SPÖ die Vollbeschäftigung. Sie bestrebt die Zugänglichkeit öffentlicher Einrichtungen für jeden unabhängig vom sozialen Stand. Außerdem fordert sie ein faires Arbeitsverhältnis und Mitbestimmungsrecht von Arbeitnehmern in Unternehmen als Basis für eine soziale, wirtschaftliche Entwicklung. Des Weiteren tritt sie für ein Steuersystem ein, das eine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung erlaubt. Den Staat sieht die SPÖ als Träger einer aktiven Wirtschaftspolitik. Die Privatisierungspolitik, die zu Beginn der 1990er-Jahre von SPÖ-geführten Regierungen betrieben wurde, lehnt sie ab. Im Wahlkampf zum Nationalrat 2008 waren zentrale Forderungen im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik die Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung und der Vermögenszuwachssteuer.

Im Frühjahr 2009 beauftragte Bundeskanzler und Parteichef Werner Faymann den steirischen Landeshauptmann Franz Voves zur Entwicklung eines neuen Wirtschaftskonzepts für die SPÖ. Unter dem Titel NEW (Neue europäische Wirtschaftspolitik) präsentierte Voves im April 2009 sein Programm, welches aufgrund der Forderung einer höheren Vermögensbesteuerung und der Wiederverstaatlichung von liberalisierten Unternehmen, die dem öffentlichen Auftrag nicht nachkommen, eine innerparteiliche Debatte über einen wirtschaftspolitischen Linksruck auslöste. 2010 setzte die SPÖ auf eine Kampagne über Verteilungsgerechtigkeit und machte damit große Teile des Wirtschaftskonzepts von Voves zum Programm.

Bildungspolitik

Die Bildung wird im Programm der SPÖ als soziales Grundrecht angesehen. Demnach tritt die SPÖ für Chancengerechtigkeit ein, eine der zentralen Forderungen ist die gemeinsame Schule der 6- bis 14-Jährigen als Modell der Gesamtschule. Ein weiteres Anliegen ist der flächendeckende Ausbau der leistbaren und bedarfsorientierten Kinderbetreuung und die Herabsetzung der Schulpflicht auf das 5. Lebensjahr. Im Bereich Studien verlangt die SPÖ einen freien Zugang zu den österreichischen Universitäten. Weiters setzt man sich für die Sicherung der demokratischen Mitbestimmungsrechte in der ÖH ein.

Gesellschaftspolitik

Als sehr wichtig wird auch die Gleichstellung von Frauen und die Tolerierung ethnischer Minderheiten empfunden. Die SPÖ will den interkulturellen Dialog forcieren und tritt für die Integration von Zuwanderern ein. Im Kampf gegen Unfreiheit und Diskriminierung setzt sie sich gegen Terror, Folter und die Todesstrafe ein. Das Wahlprogramm von 2008 griff auch das Thema Homosexualität auf und befürwortet so die gesellschaftliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren.

Freiheitliche Partei Österreichs

Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) ist eine rechtspopulistische Partei in Österreich, die im Nationalrat, in allen neun Landtagen und vielen Gemeinderäten vertreten ist. Sie bezeichnet sich als Vertreterin des „Dritten Lagers“ und sieht sich selbst im Erbe des nationalliberalen Gedankenguts der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848.

Die Wähler der FPÖ stammen aus allen Bildungsschichten der österreichischen Bevölkerung, aus globalisierungs- und kapitalismuskritischen Kreisen sowie nationalkonservativen und nationalliberalen Teilen des Bürgertums. Auch ehemalige Wähler der SPÖ stellen eine größere Wählergruppe dar.

Inhaltliches Profil

Das aktuelle Parteiprogramm wurde am 20. Juni 2011 in Graz vorgestellt. Nachdem Ende der 1990er-Jahre in den von Ewald Stadler verfassten Grundsätzen noch vom Bekenntnis zum „wehrhaften Christentum“ die Rede war, ist in der neuen Fassung stattdessen von der Zugehörigkeit Österreichs zur deutschen Sprach-, Volks- und Kulturgemeinschaft zu lesen. Zudem werden erstmals die autochthonen Minderheiten der Burgenlandkroaten, Slowenen, Ungarn, Tschechen, Slowaken und Roma als Bereicherung anerkannt.

Außen- und Verteidigungspolitik

Die Freiheitlichen gelten als EU-skeptisch. Sie sind für Volksabstimmungen bei Vertragsänderungen und ein größeres Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Mitgliedsstaaten. Des Weiteren sprechen sie sich entschieden gegen den Beitritt zu militärischen Bündnissen wie der NATO aus.

Innen- und Sicherheitspolitik

Traditionell herrscht der Grundsatz „Österreich ist kein Einwanderungsland“ vor. Gefordert wird die Umsetzung des EU-Vertrages „Dublin II“ und ein Zuwanderungsstopp, sowie die automatische Abschiebung kriminell gewordener Ausländer. Ebenso tritt die Partei offiziell für ein schärferes Auftreten gegen „Extremismus und Fanatismus jeglicher Art“ auf. Besonders offensiv stellt sich die Partei gegen muslimische Einwanderer: In den Wahlkämpfen der letzten Jahre waren die Islamkritik und die Warnung vor einer „Islamisierung“ Österreichs (nach eigenen Aussagen die Bekämpfung des „islamischen Extremismus“) ein wichtiges Thema.

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Die FPÖ vertritt meist wirtschaftsliberale Positionen.

Bündnis Zukunft Österreich

Das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) ist eine rechtspopulistische österreichische Partei. Sie wurde im April 2005 von Mitgliedern der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) um Jörg Haider gegründet. Bei den Nationalratswahlen 2006 und 2008 schaffte das BZÖ jeweils den Einzug ins Parlament, bei der Europawahl 2009 gelang auch der Einzug ins Europaparlament mit einem von insgesamt 19 Mandaten aus Österreich. Hingegen scheiterte die Partei bei der Nationalratswahl 2013 an der 4 Prozent-Hürde.

Auf Länder- und Gemeindeebene ist die Partei – von Kärnten abgesehen – kaum vertreten. Im Dezember 2009 sagte sich die Kärntner Landesgruppe von der Mutterpartei los und kooperierte unter dem Namen Die Freiheitlichen in Kärnten bis Juli 2013 mit der FPÖ, anschließend ging sie wieder komplett in der FPÖ auf. Seit dem Tod Jörg Haiders versucht die Führungsspitze des BZÖ, vermehrt wirtschaftsliberale Wähler anzusprechen.

Im Jahr 2011 analysierte das Linzer Meinungsinstitut IMAS auch die öffentliche Wahrnehmung des BZÖ: „Das BZÖ wird nicht als wirtschaftsliberale Partei wahrgenommen, sondern als moderate FPÖ.“

Es sei dem Parteichef zwar nicht gelungen, Selbstständige, Unternehmer und Freiberufler als Wählergruppe zu gewinnen, dafür aber Facharbeiter und Angestellte. Das BZÖ spreche nicht wie die FPÖ die Jungen, sondern die 30- bis 50-Jährigen an. Auf der anderen Seite werde das BZÖ von Frauen bei Wahlen mehr bevorzugt als von Männern.

Inhaltliches Profil

Wirtschaftspolitik

Im Bereich der Wirtschaftspolitik vertritt das BZÖ laut Selbstbild eine klassisch liberale Linie. Es bekennt sich zur frei wettbewerbsfähigen sozialen Marktwirtschaft, die auf Privateigentum basiert. Leistungswilligkeit steht für das BZÖ an erster Stelle und sei daher zu fördern. Allerdings sollen soziale Hängematten aus dem Weg geräumt werden und ein Anreizsystem geschaffen werden, das sogenannte Leistungsunwillige animiert. Das derzeitige Steuersystem müsse zugunsten des Mittelstandes reformiert und eine Einheitssteuer für Unternehmen eingeführt werden. Außerdem will das BZÖ Privatisierungsschritte in Gang setzen, um Rahmenbedingungen für die österreichische Wirtschaft zu schaffen. Dazu sollen auch die Gründung einer Infrastruktur AG oder generell freieres Unternehmertum beitragen. Zudem hat das BZÖ für Arbeitsmigranten den Ausländer-Check vorgestellt, der nach Vorbild der Länder Kanada oder Australien in einem klar definierten Punktesystem abläuft. Zuwanderer, die dem Bedarf entsprechen, gute Deutschkenntnisse und einen hohen Bildungsgrad vorweisen können und arbeitsfähig sind, sollen das Recht, zu bleiben, erhalten. Ein Anspruch auf Sozialleistungen solle erst nach längerer Anstellung in Österreich bestehen. Angestrebt sind kurze Aufenthaltsformen, die erst nach mehrmaligem Erfolg einen Familienzuzug und Daueraufenthalt erlauben.

Außenpolitik

Das 2010 abgeseignete Grundsatzprogramm des BZÖ befürwortet eine proeuropäische, aber EU-kritische Haltung. Es fordert mehr Transparenz, Bürgerbeteiligung und Bürokratieabbau innerhalb der Europäischen Union. Zudem besteht seit Parteigründung der Wunsch nach der Erschaffung eines sogenannten Kerneuropas, um das Länder bestehen sollten, die weniger in der Lage sind, die Politik der Union mitzugestalten. Um ein solches Modell aufzustellen, bedarf es laut Grundsatzprogramm der Einführung dreier verschiedener Stufen. Auf der ersten Stufe stehen die Länder, die an der gesamten Union arbeiten wollen, auf der zweiten jene, die nur Teile umsetzen und auf der dritten sind die – wie etwa die Türkei –, für die ausschließlich eine Partnerschaft in Frage kommt. Für das BZÖ ist allerdings auch klar, dass die Freiheit des einzelnen Bürgers immer über der Weiterentwicklung des Integrationsprozesses steht. Über Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten will das Bündnis wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand sichern. Das BZÖ steht außenpolitisch als einzige Partei da, die dezidiert einen NATO-Beitritt fordert.

Sicherheitspolitik

Neben einer starken staatlichen Hand will das BZÖ im Bereich Innere Sicherheit auch den privaten Sektor in die Kriminalitätsbekämpfung einbinden. Abgelehnt werden Einsparungen und Personalabbau, da eine Stärkung der Polizei vordergründig sei. Zum Schutz der Freiheit verlangt das BZÖ die Ausweitung von Videoüberwachungssystemen, spricht sich aber deutlich gegen ungerechtfertigte Observation durch den Staat aus. Insbesondere die Übermittlung von Daten in die Vereinigten Staaten will die Partei stoppen. Großen Wert legt man auf Bekämpfung der Drogenkriminalität und des islamischen Fundamentalismus, den das BZÖ als Gefahr für die Sicherheit ansieht. Eine Vereinheitlichung der Bauordnung soll daher den Bau von Moscheen und Minaretten ausschließen. In puncto Asyl bekennt sich das BZÖ zu den humanitären Aufgaben Österreichs, will allerdings den Zuzug von sogenannten Wirtschaftsflüchtlingen beenden. Außerdem will man einer Überlastung vorbeugen, indem die Ein-

haltung des Dublin-Abkommens durchgesetzt wird. Die Mitwirkung von Asylwerbern in den Verfahren stehe im Vordergrund; stark verzögerte Prozesse sollen gelöst werden, indem der Grad der Integration überprüft wird.

Gesellschaftspolitik

In gesellschaftspolitischen Fragen vertritt das BZÖ unterschiedliche Positionen. Während man in puncto Gleichstellung homosexueller Paare zur sogenannten Homo-Ehe tendiert, ist die Position beim Schutz von ethnischen Minderheiten deutlich weniger liberal. Für das Pensionssystem will das BZÖ die Einführung eines 3-Säulen-Modells, das aus staatlicher Pension, Mitarbeitervorsorge und privater Pensionsvorsorge besteht, und die Abschaffung von Privilegien und Begünstigungen in staatsnahen Betrieben. Damit solle verhindert werden, dass mehrere Systeme gleichzeitig schlagend werden. Besonders fördern will das BZÖ das private Pensionssystem. Um die Einkommensschere zwischen den Geschlechtern zu verkleinern, fordert das BZÖ mehr Frauen in Spitzenpositionen sowie die Einführung bzw. Erhöhung gesetzlicher Mindestlöhne.

Bildungspolitik

Das Bildungssystem soll nach BZÖ-Programm ermöglichen, dass keine individuellen Lücken beim Eintritt ins Berufsleben entstehen. Daher solle bereits im Kindergarten mit der Bildung begonnen werden. Unter anderem will man dort mit Deutschkursen beginnen, die Sprachschwächen vieler Kinder auszumerzen, damit diese besser in die Gesellschaft integriert werden können. Zudem sieht das BZÖ es als Notwendigkeit an, eine Begrenzung des Anteils von Kindern nichtdeutscher Muttersprachler in Schulklassen einzuführen. Außerdem fordert die Partei die Einführung der gemeinsamen Schule der 6- bis 15-Jährigen mit innerer Differenzierung. An Universitäten solle es Einschreib- und Studiengebühren geben, um den Ansturm zu verhindern. Des Weiteren will man private Hochschulen fördern.

Die Grünen – Die Grüne Alternative

Die Grünen – Die Grüne Alternative (GRÜNE) sind eine linke politische Partei in Österreich, die nach der Nationalratswahl 2013 als Oppositionspartei im Nationalrat 24 von 183 Mandataren stellt und damit derzeit die viertgrößte der sechs im Parlament vertretenen Fraktionen ist.

Grundsätze

Die Grünen setzen sich neben der Ökologie auch für die Rechte der Minderheiten und für eine ökosoziale Steuerreform ein. Ihre Grundwerte gemäß dem Grundsatzprogramm von 2001 lauten: „basisdemokratisch, gewaltfrei, ökologisch, solidarisch, feministisch, selbstbestimmt“. Die Partei ist Mitglied der Europäischen Grünen Partei.

Analysen zeigen, dass Die Grünen vor allem ein jüngeres, weibliches und urbanes Publikum ansprechen. So erreichten die Grünen bei den Nationalratswahlen 2006 16 % Stimmanteil bei städtischen Wählern, 19 % Stimmanteil bei Jungwählern und 12 % Stimmanteil bei den weiblichen Wählern (8 % bei Männern).

Kommunistische Partei Österreichs

Die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) ist eine linke bzw. linksradikale Partei und wurde 1918 als Kommunistische Partei Deutsch-Österreichs (KPDÖ) gegründet und ist somit eine der ältesten kommunistischen Parteien der Welt.

Die KPÖ war von 1945 bis 1959 im Nationalrat und bis 1970 in mehreren Landtagen vertreten. 1949 trat sie zur Wahl unter der Bezeichnung Kommunistische Partei Österreichs und Linkssozialisten (KLS) an. 2005 gelang der KPÖ mit vier Sitzen der Wiedereinzug in den Landtag der Steiermark. Die KPÖ ist Teil der Europäischen Linkspartei.

Die offizielle Gründung der KPDÖ erfolgte am 3. November 1918 vor dem Hintergrund der russischen Oktoberrevolution. An der Gründungskonferenz in den Eichensälen in Wien-Favoriten wurde an Stelle der bürgerlichen Umwälzung die soziale verlangt.

Ihre stärkste kommunalpolitische Position der letzten Jahrzehnte hat die KPÖ in Graz, wo 1998 mit 7,8 Prozent und vier Mandaten erstmals eine Vertretung im Stadtsenat erreicht wurde, die 2003 mit einer Steigerung auf 20,8 Prozent und zwölf Mandaten bzw. zwei Stadtsenatsmandate sowie 25 Bezirksratsmandaten führte, was vor allem mit der Person von Ernest Kaltenegger zusammenhing. Gestützt auf die starke Position in Graz erreichte die KPÖ bei der steirischen Landtagswahl am 2. Oktober 2005 mit Ernest Kaltenegger als Spitzenkandidat den Einzug in den Landtag mit vier Mandaten. Bei der Gemeinderatswahl in Graz 2008 musste die KPÖ jedoch eine deutliche Niederlage verzeichnen und erreichte mit 11,18 Prozent nur mehr sechs Mandate und einen Stadtsenatssitz sowie

13 Bezirksratsmandate. Vier Jahre später, bei der Gemeinderatswahl in Graz 2012, gewann die KPÖ mit Spitzenkandidatin Elke Kahr 8,68 Prozent hinzu und wurde mit 19,86 Prozent zweitstärkste Partei hinter der ÖVP.

Programm

Die KPÖ tritt für Antirassismus und Feminismus ein und bekämpft den Kapitalismus. Im Bereich der Bildungspolitik spricht sich die Partei für eine „Demokratisierung und Enthierarchisierung“ (genauso wie in der Gesellschaft insgesamt) ein. Sie spricht sich gegen Studiengebühren aus.

Neos – Das Neue Österreich und Liberales Forum

Neos – Das Neue Österreich und Liberales Forum (NEOS) ist eine liberale Partei in Österreich. Sie wurde im Oktober 2012 unter dem Parteinamen Neos – Das Neue Österreich gegründet und trat zur Nationalratswahl in Österreich 2013 in einem Wahlbündnis mit dem Liberalen Forum an, mit welchem sie in der Folge im Jänner 2014 fusionierte. Bei der letzten Nationalratswahl im Jahr 2013 erreichte die Partei 5,0 Prozent der Stimmen und ist daher im Nationalrat mit neun Abgeordneten vertreten.

Programm

In Vorbereitung auf die Nationalratswahl 2013 arbeitete die Partei einen 9½-Punkteplan aus, der als programmatischer Leitfaden für die Parteimitglieder diente. Das gesamte Parteiprogramm, in das die Ergebnisse der einzelnen Themengruppen einfließen, nennt die Partei „Pläne für ein neues Österreich“.

Inhaltlich setzt Neos die thematischen Schwerpunkte in den Bereichen Bildung, Europa und direkte Demokratie. Die Partei tritt dabei nach liberalem Verständnis für eine starke Autonomie der Schulen ein. Nach Vorstellung der Partei soll es einen Wettbewerb der Schulmodelle geben und eine mittlere Reife mit einheitlichen Standards. Europapolitisch tritt Neos für einen europäischen Bundesstaat ein. Mittelfristig soll ein EU-weiter Konvent, dessen Mitglieder von der Bevölkerung gewählt werden, eine neue Verfassung ausarbeiten. Darüber hinaus hat sich Parteigründer Strolz für die Senkung der Parteienförderung um 75 Prozent ausgesprochen.

Im Wahlkampf vor der Nationalratswahl 2013 positionierte sich Neos programmatisch im Bereich der Generationengerechtigkeit und dort insbesondere im Hinblick auf das geltende österreichische Pensionssystem. Die Partei forderte, dass Pensionen im Umfang von über 5.000 Euro monatlich um 15 Prozent gekürzt und Pensionen über 2.500 Euro nicht mehr jährlich an die Inflation angepasst werden sollten, um das Pensionssystem wieder „enkel-fit“ zu machen.

Team Stronach

Das Team Stronach für Österreich (Kurzform Team Stronach) ist eine wirtschaftsliberale, euroskeptische und populistische österreichische Partei. Sie wurde im September 2012 durch den Industriellen Frank Stronach gegründet und ist nach ihm benannt. Seit ihrer Gründung ist sie (durch Übertritte von Abgeordneten) im Nationalrat, nach Wahlen im Frühjahr 2013 auch in drei Landtagen und drei Landesregierungen vertreten. Bei den Nationalratswahlen 2013 erreichte sie 5,7 % der Stimmen und zog somit mit elf Mandaten in den Nationalrat ein.

Programm

Ihr erstes ausführliches Parteiprogramm präsentierte die Partei im April 2013. Zunächst war bei der Gründung ein 30 Seiten starkes „Grundsatzprogramm“ veröffentlicht worden, in dem unter anderem eine Verwaltungsreform gefordert wird, die den „Abbau von Doppelgleisigkeiten“ sowie eine einfachere Struktur der öffentlichen Verwaltung insgesamt zum Ziel haben soll. So sollen etwa die derzeit 21 österreichischen Sozialversicherungen und Krankenkassen zusammengelegt werden. Im Bereich der Landesverteidigung soll das jetzige Prinzip der Wehrpflicht durch das eines Berufsheeres mit jeweils zwei Jahre dienenden Zeitsoldaten ersetzt, der Zivildienst als zweijähriger Freiwilligendienst beibehalten werden. Der Euro in seiner heutigen Form soll demnach durch ein System untereinander frei konvertierbarer „Nationaleuros“ ersetzt werden. In Bezug auf das Steuersystem wird die Einführung einer Flat Tax („Fair tax“ genannt) gefordert, deren Steuersatz dann binnen fünf Jahren auf 25 % gesenkt werden könnte. Der Staatshaushalt soll ausgeglichen gestaltet werden, neue Schulden werden abgelehnt. Im Bereich Justiz wird die Wiedereinführung der 2008 abgeschafften Untersuchungsrichter gefordert. Auch sollen allgemeine Studiengebühren (wieder) eingeführt werden, deren Höhe sich nach der Nachfrage der Wirtschaft richten soll.

Literatur

Baier, Walter: Das kurze Jahrhundert: Kommunismus in Österreich. KPÖ 1918 bis 2008. Wien 2009.

Brezna, Rudolf: Der österreichische Marxismus – KPÖ und SPÖ – und die Europäische Union. Wien 2012.

Dachs, Herbert u.a. (Hg.): Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien 2006.

Grillmayer, Dieter: National und Liberal. Die Geschichte der Dritten Kraft in Österreich. Wien 2006.

Historische Kommission beim Zentralkomitee der KPÖ: Die Kommunistische Partei Österreichs. Beiträge zu ihrer Geschichte und Politik. Wien 1987.

Lopatka, Reinhold, Andreas Khol u. Wilhelm Molterer (Hrsg.): ZUKUNFTSFEST - 60 Jahre Österreichische Volkspartei. Wien 2005.

Lux, Georg u. Uwe Sommersguter: Das Jörg-Haider-Experiment. Partei der Lebensmenschen – Bündnis mit Zukunft? Klagenfurt 2009.

Kriechbaumer, Robert u. Franz Schausberger: Volkspartei - Anspruch und Realität. Geschichte der ÖVP seit 1945. Wien, Köln, Weimar 1995.

Maimann, Helene (Hg.): Die ersten 100 Jahre. Österreichische Sozialdemokratie 1888–1988. Wien 1988.

Mesner, Maria (Hg.): Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ. Oldenbourg, München 2005.

Piringer, Kurt: Die Geschichte der Freiheitlichen. Beitrag der Dritten Kraft zur österreichischen Politik. Wien 1982.

Pruckner, Othmar: Eine kurze Geschichte der Grünen. Wien 2005.

Schandl, Franz u. Gerhard Schattauer: Die Grünen in Österreich. Entwicklung und Konsolidierung einer politischen Kraft. Wien 1996.

Katholische Österreichische Studentenverbindung

GOTHIA

im Mittelschüler-Kartell-Verband

Adresse 1040 Wien, Fleischmannngasse 8/1

erreichbar mit U1 / Taubstummengasse
1, 62, WLB / Mayerhofgasse

Internet www.gothiawien.at
www.facebook.com/gothiawien
www.twitter.com/gothiawien

e-mail gothiawien@gmail.com



COULEUR

Gothia ist eine nicht-schlagende Korporation und für Mittelschüler und Maturanten offen. Als Verbindung pflegen wir spezifische couleurstudentische Eigenheiten, die manchmal schwer verständlich sind. Nicht jeder findet Verbindungen sympathisch. Aber jeder bekommt die Möglichkeit, in einer Probezeit uns und unsere Gepflogenheiten kennen zu lernen.

NETZWERK

Gothia bildet ein funktionierendes Netzwerk unterschiedlichster Persönlichkeiten und Berufsgruppen. Mediziner, Juristen und Wirtschaftstreibende gehören ebenso zu uns wie Professoren, Techniker oder Kulturwissenschaftler. Wir alle profitieren voneinander, fordern und fördern uns gegenseitig. Wir ermuntern jeden Einzelnen zu Leistung und Verantwortung. Gothia ist als Mitglied im Mittelschüler-Kartell-Verband (MKV) Teil eines österreichweiten Zusammenschlusses von nahezu 20.000 Schülern und Schulabsolventen. Dem MKV gehören Personen aus Bereichen des öffentlichen, wirtschaftlichen, religiösen, kulturellen und politischen Lebens an; ebenso wie Menschen wie Du und ich.

BILDUNG

Zugang zu Bildung ist eine Investition in die Zukunft. Für Schüler und Maturanten bietet Gothia daher eine Reihe von einschlägigen Veranstaltungen an. Diese reichen von Vorträgen über Diskussionen bis hin zu Exkursionen. Mit diesen Bildungsangeboten soll jedem die Chance geboten werden, über den eigenen Horizont hinauszuwachsen.

Soft skills werden durch Aufgabenverteilung innerhalb der Verbindung trainiert: Etwa durch Übernahme von Funktionen oder durch Planung und Durchführung von Veranstaltungen. Solche Zusatzqualifikationen sind heutzutage überall ein Vorteil. Zusätzlich dazu bietet unser Dachverband, der Mittelschüler-Kartell-Verband (MKV), in seinen Bildungsprogrammen hochkarätige Seminare und Workshops an.

HEIMAT

Unsere Heimat und die darin lebenden Menschen sind uns wichtig. Als Österreicher in einem vereinten Europa wissen wir um die Wichtigkeit einer selbst mitgestalteten Umwelt. Als Ergänzung zur Globalisierung wollen wir unsere Heimat formen und dieses unser Land positiv in den bestehenden weltweiten Verflechtungen positionieren.

WERTE

Gothia und ihre Mitglieder orientieren sich an katholischen Werten. Denn diese bieten einen Leitfaden für Mitmenschlichkeit und soziales Handeln. Als katholische Laienorganisation regen wir an zum Nachdenken über Gott und die Welt. Im Sinne der Ökumene steht Gothia dem Zusammenleben unterschiedlicher Religionen und Kulturen positiv gegenüber. Abgelehnt werden hingegen extremistische Ausrichtungen jeglicher Art.

FREIZEIT

Gothia bietet einiges: Unterstützung und Rückhalt, Spaß und Unterhaltung, Abwechslung und inhaltliche Themen. Als Anlaufstelle und Ort unserer Veranstaltungen dienen unsere eigenen Räumlichkeiten. Ausgestattet mit allem notwendigen Equipment, steht sie allen Gothen zur Verfügung; auch abseits offizieller Verbindungs-Termine. Mit unserer Bude haben wir einen Ort geschaffen, der gleichermaßen als Begegnungsstätte, als Erholungsraum und zur Gestaltung der Freizeit dient.

